

Dr. Till Heinsohn

Interesse an der Kommunalpolitik: Habe ich – habe ich nicht! Erkenntnisse aus der Stuttgarter Bürgerumfrage 2019

*Staatsbürgerliche Tugendhaftigkeit
aus historischer Perspektive*

Klassische Denker der politischen Theorie, darunter *John Stuart Mill*, *John Locke* und *Alexis de Tocqueville*, gingen davon aus, dass Demokratie nur in einer politisch interessierten, informierten und sich beteiligenden Gesellschaft funktionieren kann. Entsprechend wurde die staatsbürgerliche Tugendhaftigkeit des Einzelnen als in der Summe überlebenswichtig für die Demokratie angesehen. Die in den 1950er- und 1960er-Jahren aufkommende Umfrageforschung stellte nun aber fest, dass das politische Interesse und die staatsbürgerlichen Aktivitäten der Befragten nur in den seltensten Fällen über die gelegentliche Stimmabgabe bei Wahlen hinausreichten. Im Wissen um das aus klassischer demokratietheoretischer Sicht „verfehlte Verhalten“ der meisten Bürgerinnen und Bürger stand die Politikwissenschaft vor einem Paradoxon: Wie können Demokratien – etwa die USA und Großbritannien – für Generationen bestehen, obwohl die meisten Menschen dem Ideal des „guten“ Staatsbürgers nicht entsprechen (Dalton 2014: 15-21)?

Theorie der demokratischen Elitenherrschaft

In Anbetracht evidenzbasierter Fakten entwickelte sich nach und nach die Theorie der demokratischen Elitenherrschaft. Im Kern überführt dieser Ansatz das vermeintliche staatsbürgerliche Versagen der Bürgerinnen und Bürger in eine Stärke der Demokratie (Berelson et al. 1954: 313-323; Almond und Verba 1963). Basierend auf den Erfahrungen mit dem Scheitern der Weimarer Republik ging man alsbald davon aus, dass ein Staatswesen nicht funktionieren kann, in dem jeder zu allen Themen und zu jeder Zeit am politischen Prozess mitwirkt. Viel besser sei es doch, wenn eine politische Elite die erforderlichen Entscheidungen zwar im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, aber weitestgehend unabhängig von ihnen treffen kann. So müssten die Türen sich zu beteiligen zwar allen offenstehen, aber nicht jede oder jeder wird dies tun oder muss sich für Politik interessieren (Berelson et al. 1954: 315). Ein kleiner Kern aus aktiver Bürgerschaft und politischer Elite, welcher die Entscheidungen trifft, auf der einen Seite, und ein Gros an Bürgerinnen und Bürgern, das sich uninformiert und unbeteiligt den Entscheidungen beugt, auf der anderen Seite, wurde jedoch von nicht wenigen als undemokratisch kritisiert (Almond und Verba 1963; 478-479). Losgelöst von dieser normativ geprägten Debatte stellt die oder der politisch eher mäßig interessierte Bürgerin oder Bürger jedoch eine empirische Realität dar, welche einer näheren Betrachtung lohnt.

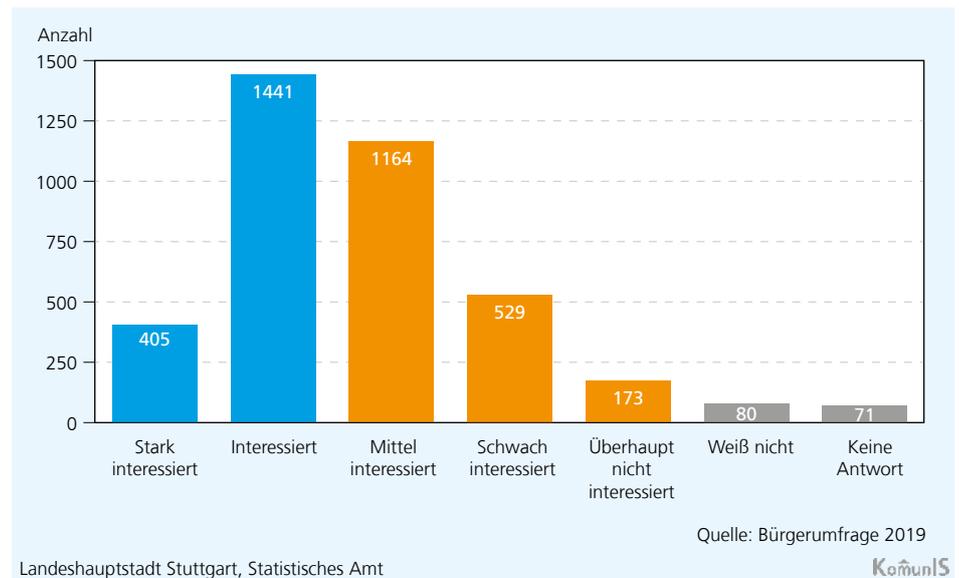
Zielsetzung und Datengrundlage

Das Ziel dieses Beitrages besteht zunächst darin, einen Überblick über das Ausmaß des kommunalpolitischen (Des-)Interesses der Stuttgarterinnen und Stuttgarter zu erhalten. In einem zweiten Schritt werden mittels einer multiplen Regressionsanalyse verschiedene Faktoren überprüft, welche das Desinteresse an der Kommunalpolitik in Stuttgart bedingen könnten. Die Datengrundlage hierfür bildet die Stuttgarter Bürgerumfrage aus dem Jahr 2019. Diese liefert alle zwei Jahre Einblicke in die Einstellungen und das Meinungsbild der Stadtbevölkerung. Auf Grundlage der Einwohnermelde-datei wird eine Zufallsstichprobe aus den mindestens 18 Jahre alten Bürgerinnen und Bürgern mit Hauptwohnsitz in Stuttgart gezogen. Die zufällig Ausgewählten werden mit der Bitte um freiwillige Teilnahme kontaktiert. Diese kann schriftlich oder online erfolgen. Die Bürgerumfrage 2019 ging im April ins Feld. Insgesamt wurden 9415 Stuttgarterinnen und Stuttgarter mit der Bitte um Teilnahme kontaktiert – 3863 haben sich an der Umfrage beteiligt. Dies entspricht einer Rücklaufquote von 41 Prozent.

Kommunalpolitisches Interesse in Stuttgart

Mit Blick auf das kommunalpolitische Desinteresse zeigt sich für Stuttgart folgendes Bild (vgl. Abbildung 1): Alles in allem geben 405 Befragte an sich sehr stark für die Kommunalpolitik in Stuttgart zu interessieren. Gemessen an allen Befragten, die sich hinsichtlich dieser Frage positionierten, entspricht dies rund elf Prozent. Etwa 39 Prozent der Befragten (N=1441) sind am kommunalpolitischen Geschehen in der Landeshauptstadt zumindest interessiert. Dagegen bringen etwa 31 Prozent der Befragten (N=1164) nur ein mittelmäßiges, 14 Prozent (N=52) nur ein schwaches und fünf Prozent (N=173) überhaupt gar kein Interesse für die Kommunalpolitik in Stuttgart auf.

Abbildung 1: Verteilung der zu erklärenden Variable.
Frage: „Wie stark interessieren Sie sich für die Kommunalpolitik in Stuttgart? Ich bin an der Kommunalpolitik ...“



Entsprechend lassen sich in der Stadtgesellschaft im Jahr 2019 zwei annähernd gleich große Gruppen identifizieren. Auf der einen Seite diejenigen, die sich für die Kommunalpolitik (stark) interessieren (49,7 %). Auf der anderen Seite jene Bürgerinnen und Bürger, die der Politik auf kommunaler Ebene nur ein mittleres, schwaches oder überhaupt kein Interesse entgegenbringen (50,3 %). Dieses Bild zeigte sich bereits bei vorangegangenen Bürgerbefragungen. Im Jahr 1997 betrug der Anteil der (stark) Interessierten 55 Prozent – in den Jahren 2001, 2003 und 2007 dann rund 46 Prozent und zuletzt, im Jahr 2011, dann rund 53 Prozent.

Aufteilung in zwei Lager zeigt sich auch in anderen Städten

Ungeachtet der leichten Schwankungen über die Zeit, zeigt sich eine durchgehende Spaltung der Stadtöffentlichkeit hinsichtlich der Frage nach dem kommunalpolitischen Interesse. In Anlehnung an die klassische Demokratietheorie kann folglich nicht von der „staatsbürgerlichen Tugendhaftigkeit“ aller ausgegangen werden. Vielmehr zeigt sich, dass in Stuttgart nur jede oder jeder zweite den einstmal formulierten Ansprüchen gerecht wird. Dies deckt sich mit den Erfahrungen aus anderen Städten. In der Bürgerumfrage der Stadt Frankfurt am Main aus dem Jahr 2018 geben ebenfalls nur rund die Hälfte der Befragten an, sich stark oder sehr stark für die Kommunalpolitik zu interessieren.¹ Im interkommunalen Vergleich finden sich aber auch Städte mit deutlichen höheren Werten. In Konstanz gaben im Jahr 2017 immerhin gut zwei Drittel der Befragten an, der Kommunalpolitik ein starkes bis sehr starkes Interesse entgegen zu bringen.² Die Stadt Heidelberg verzeichnet im Jahr 2018 dagegen nur einen Anteil von 37 Prozent.³ Welche Faktoren beeinflussen nun aber das kommunalpolitische Interesse der Bürgerinnen und Bürger in der Landeshauptstadt Stuttgart?

Das Ziel der nachfolgenden Regressionsanalyse besteht darin, hierauf Antworten zu finden. Im Unterschied zu einer deskriptiven Betrachtung des Ausmaßes von kommunalpolitischen Interesse nach unterschiedlichen Gruppen auf der Basis von

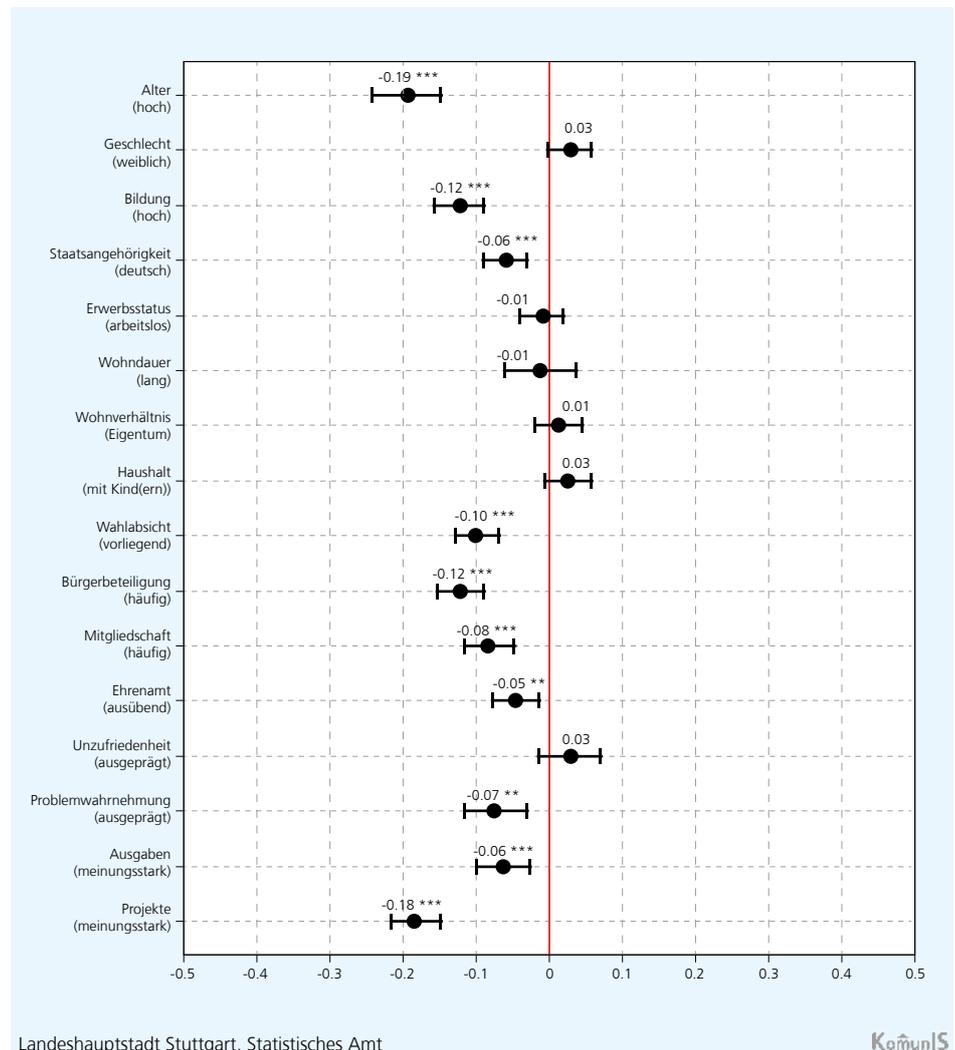
Grundidee der multiplen Regression

Kreuztabellen (etwa dem Unterschied zwischen Frauen und Männern), erlaubt die multiple Regressionsanalyse die Schätzung des Einflusses eines bestimmten Merkmals unter Konstanthaltung aller anderen einbezogenen Faktoren. Welchen Einfluss hat also zum Beispiel das Geschlecht einer Person auf das Ausmaß ihres kommunalpolitischen Desinteresses, wenn wir alle anderen berücksichtigten Merkmale dieser Person (u.a. Bildungsstand, Alter) in ihren Ausprägungen konstant halten, d.h. rechnerisch so tun, als hätten alle Befragten den gleichen Bildungsstand und das identische Alter. In Ergänzung zu den bereits genannten soziodemographischen Merkmalen einer Person lassen sich weitere Merkmale, Ausprägungen und Verhaltensweisen identifizieren, von denen angenommen werden darf, dass sie das kommunalpolitische Desinteresse bedingen. Eine ausführliche Übersicht aller hier berücksichtigten unabhängigen Variablen und deren Operationalisierung findet sich in Tabelle 1 im Anhang.

95 % - Konfidenzintervall präzisiert die Lageschätzung eines Parameters

Die Ergebnisse der multivariaten Regressionsanalyse lassen sich am besten graphisch veranschaulichen. Abbildung 2 stellt die standardisierten Regressionskoeffizienten des Gesamtmodells untereinander dar.⁴ Die statistische Zuverlässigkeit der erklärenden Variablen ist den als horizontale Linien eingezeichneten Konfidenzintervallen zu entnehmen. Bei einer zugrunde gelegten Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als fünf Prozent können wir nur dann von einer systematischen und statistisch substantiellen Beziehung ausgehen, wenn das Konfidenzintervall die rot eingezeichnete Nulllinie nicht schneidet. Detaillierte und separate Schätzungen des Regressionsmodells mit nicht-standardisierten Regressionskoeffizienten (separate Modellschätzungen; Gesamtmodell) finden sich in Tabelle 2 im Anhang.⁵

Abbildung 2: Erklärungen des kommunalpolitischen Desinteresses



Soziodemografische und sozioökonomische Faktoren auf dem Prüfstand

Mit Blick auf ausgewählte *soziodemografische und sozioökonomische Faktoren* zeigt sich, dass das **Alter** einer Person eine statistisch überzufällige Verknüpfung mit dem kommunalpolitischen Interesse aufweist. Mit zunehmendem Alter scheint auch das Interesse für die Kommunalpolitik zu steigen. Die unmittelbare Übersetzung des negativen Regressionskoeffizienten lässt sich etwas sperriger an, deutet aber genau auf diesen Alterseffekt hin: Je älter eine Person desto geringer ihr kommunalpolitisches Desinteresse. Keinen belastbaren Zusammenhang mit dem kommunalpolitischen Interesse liefert das **Geschlecht**. Das Konfidenzintervall des entsprechenden Regressionskoeffizienten schneidet die Nulllinie. Offensichtlich besteht hier kein statistisch signifikanter Geschlechterunterschied. Hinsichtlich der **Bildung** einer Person ist festzuhalten, dass mit zunehmendem Bildungsstand auch ein gesteigertes Interesse für die Kommunalpolitik einhergeht. Die Daten aus der Stuttgarter Bürgerumfrage untermauern hier auf eindrückliche Art und Weise den internationalen Forschungsstand. Darüber hinaus weisen Bürger mit deutscher **Staatsangehörigkeit** ein im Durchschnitt signifikant höheres kommunalpolitisches Interesse auf. Der **Erwerbsstatus** verbleibt hingegen ohne signifikanten Effekt. Die Vermutung, wonach Arbeitslosigkeit vieles andere mit geringerer Bedeutung für die Betroffenen in den Hintergrund treten lässt, kann hier nicht bestätigt werden.

Aspekte der Verwurzelung auf dem Prüfstand

Hinsichtlich der ausgewählten *Aspekte der Verwurzelung* zeigt sich ein eher ernüchterndes Bild. So wäre etwa davon auszugehen, dass mit steigender **Wohndauer** auch das Interesse für die Kommunalpolitik steigt. Dem ist jedoch nicht so. Gleiches gilt für das **Wohnverhältnis**. Die Vermutung, wonach Personen im Eigentum ein größeres Interesse an kommunalpolitischen Entscheidungen haben sollten, da sie in gewisser Weise stärker an die Stadt gebunden sind, lässt sich so nicht bestätigen. Ebenso macht es für die Ausprägung kommunalpolitischen Interesses keinen signifikanten Unterschied, ob die befragte Person in einem **Haushalt** mit oder ohne Kinder wohnt. Für einen Haushalt mit Kindern hätte man annehmen können, dass seitens der Betroffenen ein größeres Interesse bezüglich der politischen Gestaltung der Zukunft besteht. Ein solcher Effekt lässt sich in den Daten gleichwohl nicht nachzeichnen.

Die politische und gesellschaftliche Teilhabe auf dem Prüfstand

Mit Blick auf die *politische und gesellschaftliche Teilhabe* zeigt sich ein etwas anderes Bild. Befragte mit der Absicht sich bei der kommenden Gemeinderatswahl zu beteiligen, weisen ein signifikant höheres kommunalpolitisches Interesse als Befragte ohne eine derart gelagerte **Wahlabsicht** auf. Gleiches gilt für diejenigen, die an den Verfahren der informellen **Bürgerbeteiligung** partizipieren. Sie haben ein signifikant höheres kommunalpolitisches Interesse, als jene, die sich nicht an solchen Verfahren beteiligen. Mit Blick auf die verschiedenen Möglichkeiten sich außerhalb von Beruf und Familie zu engagieren, zeigt sich, dass diejenigen, die dies in Form von zum Beispiel einer **Mitgliedschaft** in einem Verein tun, auch der Kommunalpolitik ein größeres Interesse entgegenbringen. Der einstmalig von *Alexis de Tocqueville* getätigte Ausspruch „*der Vereine als Schule der Demokratie*“ findet hier seine Bestätigung. Zuletzt verweist die Analyse auf einen statistisch überzufälligen Zusammenhang zwischen der Ausübung eines **Ehrenamts** und dem kommunalpolitischen Interesse. Demnach weisen die ehrenamtlich tätigen Befragten im Unterschied zu den nicht ehrenamtlich Tätigen ein signifikant höheres Interesse an der Kommunalpolitik in Stuttgart auf.

Die Wahrnehmung und Positionierung auf dem Prüfstand

Schließlich tragen auch die *Wahrnehmung und Positionierung* zur kommunalen Gegebenheiten in Teilen zur Erklärung kommunalpolitischen Interesses bei. In der Theorie zählt hierzu die **Unzufriedenheit** mit verschiedenen Lebensbereichen.⁶ Bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von mehr als fünf Prozent und einem die Nulllinie schneidenden Konfidenzintervall lässt sich aber weder von einer systematischen noch von einer statistisch substantiellen Beziehung zwischen der Unzufriedenheit einer Person und deren kommunalpolitischen Interesse sprechen. Anders verhält es sich mit der **Problemwahrnehmung**. Befragte, die verschiedene Problembeschrei-

bungen auch als solche wahrnehmen, zeichnen sich tendenziell durch ein höheres kommunalpolitisches Interesse aus.⁷ Diejenigen, die eher keine Meinung haben oder die Situation weniger problematisch einstufen, zeigen ein im Durchschnitt signifikant geringeres Interesse an kommunaler Politik. Ein ähnliches Bild tritt mit Blick auf die Positionierung hinsichtlich kommunalen Ausgabeverhaltens zu Tage. Diejenigen, die eine konkrete Meinung zu kommunalen **Ausgaben** in den verschiedensten Bereichen haben, weisen ein gesteigertes Interesse an kommunaler Politik auf. Steht jemand solchen Ausgaben hingegen eher gleichgültig gegenüber, so lässt diese in aller Regel auf ein geringeres kommunalpolitisches Interesse schließen.⁸ Ähnliches zeigt sich auch hinsichtlich der Positionierung zu verschiedenen **Projekten** und Einrichtungen.⁹ Eine konkrete Meinung zu kommunalen Vorhaben, sei sie nun positiv oder negativ, geht überdurchschnittlich häufig mit einem hohen kommunalpolitischen Interesse einher. Steht der Befragte den Projekten in der Tendenz jedoch eher gleichgültig gegenüber, so lässt dies auf ein eher geringeres Interesse an kommunaler Politik schließen. Zusammenfassend lassen sich die Erkenntnisse wie folgt bündeln:

Bei den nur mäßig bis überhaupt nicht am kommunalpolitischen Geschehen in Stuttgart Interessierten handelt es sich tendenziell um

- eher jüngere Bürgerinnen und Bürger,
- eher geringer gebildete Bürgerinnen und Bürger,
- Bürgerinnen und Bürger ohne deutsche Staatsangehörigkeit,
- Bürgerinnen und Bürger, die eher nicht die Absicht haben sich an der Gemeinderatswahl zu beteiligen,
- Bürgerinnen und Bürger, die bislang eher nicht an informellen Verfahren der Bürgerbeteiligung partizipieren,
- Bürgerinnen und Bürger, die sich eher nicht in Vereinen engagieren,
- Bürgerinnen und Bürger, die eher nicht ehrenamtlich tätig sind,
- Bürgerinnen und Bürger, die Problemlagen eher nicht als solche wahrnehmen,
- Bürgerinnen und Bürger, die eher keine konkrete Meinung zu städtischen Ausgabeverhalten haben,
- Bürgerinnen und Bürger, die eher keine konkrete Meinung zu kommunalen Projekten und Einrichtungen haben.

Erkenntnisse zu politischen Desinteressierten auf einen Blick

Einordnung der Erkenntnisse

Wie sind die gewonnenen Erkenntnisse nun einzuordnen? Zunächst bleibt festzuhalten, dass die Stuttgarter Bürgerumfrage für sich in Anspruch nimmt, ein umfassendes und repräsentatives Meinungsbild der Stuttgarter Bürgerinnen und Bürger abzubilden. In vielen Bereichen gelingt ihr das auch sehr gut. Erinnerung wir uns aber daran zurück, dass im Zuge der Bürgerumfrage lediglich volljährige Personen befragt werden, so müssen wir uns eingestehen, dass Kommunalpolitik und das Interesse an selbiger durchaus auch für die Jugendlichen eine Rolle spielt. Hinzu kommt, dass nicht alle Befragten auch auf jede Frage im Fragebogen eine Antwort geben. Im Rahmen von univariaten deskriptiven Betrachtungen fallen einzelne Antwortverweigerungen in aller Regel nicht ins Gewicht. Gehen nun aber mehrere Variablen gleichzeitig in ein inferenzstatistisches Erklärungsmodell ein, so summieren sich die fehlenden Angaben auf und die Fallzahl reduziert sich entsprechend. Mit Blick auf die Aussagekraft der Ergebnisse führt dies fast zwangsläufig zu Abstrichen.

Die „Henne-Ei-Problematik“

Eine weitere Einschränkung betrifft Aussagen über die zugrundeliegende Kausalität. Denn viele der hier angebotenen Erklärungen für kommunalpolitisches Interesse folgen der in den Sozialwissenschaften allgegenwärtigen „Henne-Ei-Problematik“. So lässt sich mittels einer multiplen Regressionsanalyse zwar ein substantieller und statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen zwei Variablen identifizieren, die Frage was nun aber zu was führt, lässt sich nicht zweifelsfrei beantworten. Um dies an einem Beispiel zu verdeutlichen: Im Zuge dieser Analyse gehen wir davon aus, dass die Absicht seine Stimmen bei der anstehenden Gemeinderatswahl abzugeben, dazu führt, dass sich eine Person entsprechend stärker für kommunale Politik interessiert. Ebenso denkbar wäre aber auch, dass das kommunalpolitische Interesse einer Person die Ursache für deren Wahlabsicht darstellt. Eine so gelagerte Kausalitätsproblematik stellt eine der größten Herausforderungen sozialwissenschaftlicher Forschung dar und lässt sich nur durch ein entsprechendes Untersuchungsdesign lösen. Neben Analysen mit experimentellem Charakter wären hier auch Längsschnittbefragungen denkbar, bei denen ein und dieselben Personen zu unterschiedlichen Zeitpunkten wiederholt befragt werden. Dies vermag die Stuttgarter Bürgerumfrage jedoch nicht zu leisten. Als Querschnittsbefragung angelegt unterscheiden sich die zufällig ausgewählten Befragten von Mal zu Mal.

Wo lässt sich ansetzen?

Dennoch können die Erkenntnisse dieser Studie als Anhaltspunkt für kommunale Entscheidungsträger dienen. Mit der Absicht den Anteil der Bürgerinnen und Bürger, die sich für kommunalpolitische Belange interessieren, anzuheben und sich damit den demokratietheoretischen Ansprüchen von *John Stuart Mill*, *John Locke* und *Alexis de Tocqueville* anzunähern, sollte sich die Aufmerksamkeit verstärkt auf die jüngeren, auf die geringer gebildeten und auf Bürgerinnen und Bürger ohne deutsche Staatsangehörigkeit richten. Hinzu kommt die Gruppe derjenigen, die weder an Wahlen noch an informellen Verfahren der Bürgerbeteiligung partizipieren und auch nicht im Rahmen von (Vereins-)Mitgliedschaften oder einer ehrenamtlichen Tätigkeit an der Stadtgesellschaft teilhaben. Bei den kommunalpolitisch nicht Interessierten handelt es sich zudem um jene, die Probleme nicht als solche wahrnehmen, die keine konkrete Meinung zu städtischen Ausgabeverhalten haben, und keine Position gegenüber kommunalen Projekten und Einrichtungen beziehen. Einen Teil dieser schweigenden Hälfte zukünftig für die Kommunalpolitik zu interessieren dürfte sich für die Stadtgesellschaft und die gelebte Demokratie vor Ort auf Dauer womöglich auszahlen.

Autor:
Dr. Till Heinsohn
Telefon: (0711) 216-98568
E-Mail: till.heinsohn@stuttgart.de

- 1 Internetquelle: https://www.frankfurt.de/sixcms/media.php/678/13_BB2018_Politisches_Interesse.pdf (aufgerufen am 24.09.2019).
- 2 Internetquelle: https://www.buergerbefragung-konstanz.de/typo3temp/secure_downloads/104547/0/Of75d8ff7c11f8cd7ee6182e8687aa4be359c7ec/Bericht_2018_-_Buergebeteiligung_und_politische_Meinung.pdf (aufgerufen am 24-09.2019).
- 3 Internetquelle: https://www.heidelberg.de/site/Heidelberg_ROOT/get/documents_E-1763942434/heidelberg/Objektdatenbank/12/PDF/12_pdf_Heidelberg-Studie%202018.pdf (aufgerufen am 07.10.2019).
- 4 Standardisierte Regressionskoeffizienten lassen sich hinsichtlich ihrer Effektstärke untereinander vergleichen.
- 5 An dieser Stelle nicht im Detail ausgeführte Schritte der Regressionsdiagnostik deuten darauf hin, dass die erklärenden Variablen nicht über Gebühr miteinander korrelieren. Entsprechend ist nicht von einer Verzerrung der Schätzung durch Multikollinearität auszugehen.
- 6 Abgefragte Lebensbereiche umfassen Unzufriedenheit mit Arbeits-/Verdienstmöglichkeiten; Einkaufsmöglichkeiten; Öffentliche Verkehrsmittel; Sportanlagen; Schwimmbäder; Luftqualität; Lärmpegel; Angebot an Kindergärten/Kindertageseinrichtungen; Spielmöglichkeiten für Kinder/Spielplätze; Situation für Fahrradfahrer; Wohnungsangebot/Wohnungsmarkt; Kulturelle Einrichtungen/Veranstaltungen; Öffentliche Sicherheit/Schutz vor Kriminalität; Angebot an Parks/Grünanlagen; Regelung des Autoverkehrs; Parkmöglichkeiten in der Innenstadt; Parkmöglichkeiten im Wohngebiet; Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge; Allgemeinbildende Schulen und Berufsschulen; Arbeit der Stadtverwaltung insgesamt; Arbeit der Bürgerbüros; Abfallbeseitigung/Müllabfuhr; Ärztliche Versorgung/Krankenhäuser; Versorgung mit Alten- und Pflegeheimen; Jugendeinrichtungen; Arbeit der Polizei; Gestaltung und Attraktivität der Innenstadt; Möglichkeiten, sich zu engagieren und zu beteiligen; Integrationsangebote für Migranten/ausländische Mitbürger.
- 7 Abgefragte Probleme umfassen zu viel Straßenverkehr; zu wenig Parkmöglichkeiten; schlechter öffentlicher Nahverkehr; zu wenig Verbindungen im öffentlichen Nahverkehr; schlechte Luftqualität, zu hohe Lärmbelastigung; zu viele Baustellen; Zu wenig Grün- und Parkanlagen; mangelhaftes Wohnungsangebot; zu hohe Mieten; Arbeitslosigkeit; Armut; zu wenig Kindergärten/Kindertageseinrichtungen; zu wenig Spielmöglichkeiten für Kinder/Spielplätze; zu wenig Ganztagesbetreuung für Kinder; zu wenig wohnortnahe Einkaufsmöglichkeiten; mangelndes Angebot an Jugendeinrichtungen; zu wenig Alten- und Pflegeheime/Pflegedienste; zu wenig Treffpunkte für Ältere; mangelnde Chancengleichheit von Frauen und Männern; Unsicherheit auf den Straßen (Drogen, Raub, Sachbeschädigung); Unsicherheit in öffentlichen Verkehrsmitteln (Drogen, Raub; Sachbeschädigung); Angespante Finanz- und Haushaltslage der Stadt; Sicherheit und Ordnung (Kriminalität, Einbrüche); Zunehmender Linksextremismus; zunehmender Rechtsextremismus; zu hohe kommunale Steuern/Abgaben/Gebühren; mangelhafte Sauberkeit von Straßen und Grünanlagen; Obdachlosigkeit; zunehmende Fremdenfeindlichkeit; mangelnde Integration von Migranten/ausländischen Mitbürgern; zu viel Leerstand von Wohnungen.
- 8 Abgefragte Aufgaben umfassen Wohnungsbau; Allgemeinbildende Schulen und Berufsschulen; Kindergärten und Kindertageseinrichtungen; Integration von Migranten/ausländischen Mitbürgern; Sprachförderung für Migranten/ausländische Mitbürger; Schwimmbäder; Sportanlagen; Spielmöglichkeiten für Kinder/Spielplätze; Krankenhäuser; Alten- und Pflegeheime; altengerechtes Wohnen; generationenübergreifendes Wohnen; ambulante Pflege- und Sozialdienste; Treffpunkt/Beratungsstellen für Ältere; kulturelle Einrichtungen/Veranstaltungen; Stadtbibliothek; Wirtschaftsförderung; Ausbau des Fahrradwegenetzes; Ausbau des Straßennetzes (Straßenneubau); Zustand der Straßen (Straßenunterhaltung); Ausbau der Parkmöglichkeiten; öffentliche Verkehrsmittel; Parks und Grünanlagen; Sauberkeit der Stadt; Energiewende und Klimaschutz; Verkehrsberuhigung in den Wohngebieten; Schutz vor Kriminalität/öffentliche Sicherheit; Drogenbekämpfung; Förderung des Ehrenamts; barrierefreie Wege/Zugänge für Rollstuhlfahrer; Bekämpfung der Jugendkriminalität; Videoüberwachung auf Straßen und Plätzen; Verbesserung der Luftqualität; mehr Grün in der Stadt (z.B. Hof-, Dachbegrünung, Bäume); öffentliche Toiletten.
- 9 Abgefragte Projekte und Einrichtungen umfassen den Ausbau des Stadtbahnnetzes; Projekt Stuttgart 21; Erweiterung des Rosensteinpark und Schloßgarten; Umbau des Wilhelmispalais zum Stadtmuseum; Dorotheen Quartier (Areal zwischen Breuninger und Karlsplatz); Lern- und Gedenkort „Hotel Silber“ zum Nationalsozialismus; Wohnungsbauprojekt NeckarPark (Gelände gegenüber dem Cannstatter Wasen); Stadt am Fluss (Landschaftspark Neckar); Straßenbauprojekt Rosenteintunnel (B10); Ausweitung des Parkraummanagements; Sanierung der Staatsoper; Nordosttring (Verbindung B14 mit B27); Filderauffahrt (Verbindung B10 mit A8); Umbau Wagenhallen (Veranstaltungszentrum am Nordbahnhof); Neubau Lindenmuseum (auf Stuttgart 21-Gelände); Internationale Bauausstellung StadtRegion Stuttgart 2027; Neue Messe am Flughafen; Neubau Konzerthaus (Philharmonie); Neubau Kongresszentrum.

Literatur

- Almond, Gabriel A. und Sidney, Verba (1963): *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton.
- Berelson, Bernard R., Lazarsfeld, Paul F., und McPhee, William N. (1954): *Voting: A Study of Opinion Formation in a Presidential Campaign*. Chicago.
- Dalton, Russell J. (2014): *Citizen Politics. Public Opinion Political Parties in Advanced Industrial Democracies*. Irvine.

Tabelle 1: Operationalisierung und Quellen der verwendeten Variablen zur Erklärung der abhängigen Variable „kommunalpolitisches Desinteresse“

Variable	Operationalisierung und Quelle*	Deskriptive Statistik
Abhängige Variable		
Kommunalpolitisches Desinteresse (N=3712)	Wie stark interessieren Sie sich für die Kommunalpolitik in Stuttgart?	(1) Stark interessiert: 10.9% (2) Interessiert: 38.8% (3) Mittel interessiert: 31.3% (4) Schwach interessiert: 14.3% (5) Überhaupt nicht interessiert: 4.7%
	Ich bin an der Kommunalpolitik in Stuttgart...	
Unabhängige Variable		
Alter (N=3794)	In welchem Jahr sind Sie selbst geboren?	Mittelwert: 50.5 Standardabweichung: 18.3 Minimum: 18 Maximum: 97
Geschlecht (N=3810)	Ihr Geschlecht?	(0) Männlich: 47.5% (1) Weiblich: 52.5%
Bildungsabschluss (N=3529)	Welchen höchsten Bildungsabschluss haben Sie?	(1) Haupt- oder Volksschulabschluss: 12.6% (2) Mittlere Reife, Realschulabschluss: 20.5% (3) Abitur, Fachhochschulreife: 66.9%
Staatsangehörigkeit (N=3863)	Besitzen Sie die deutsche Staatsangehörigkeit?	(0) Nein: 13.3% (1) Ja: 86.7%
Erwerbsstatus (N=3806)	Sind Sie momentan arbeitslos?	(0) Nein: 98.0% (1) Ja: 2.0%
Wohndauer (N=3794)	Seit wie vielen Jahren leben Sie in Ihrer jetzigen Wohnung?	Mittelwert: 29.7 Standardabweichung: 22.9 Minimum: 0 Maximum: 96
Wohnverhältnis (N=3813)	Wohnen Sie mit Ihrem Haushalt im Eigentum?	(0) Nein: 57.0% (1) Ja: 43.0%
Haushalt (N=3800)	Leben Sie hier im Haushalt mit Kind(ern)?	(0) Nein: 73.0% (1) Ja: 27.0%
Wahlabsicht (N=3702)	Würden Sie zur Wahl gehen, wenn ab kommenden Sonntag Gemeinderatswahl wäre?	(0) Nein: 3.1% (1) Ja: 96.9%
Bürgerbeteiligung (N=3836)	An wie vielen Verfahren der informellen Bürgerbeteiligung der Landeshauptstadt Stuttgart haben Sie bereits teilgenommen?	(1) Keinem: 77.7% (2) Ein bis zwei: 19.3% (3) Drei und mehr: 3.0%
Mitgliedschaft (N=3863)	Wenn Sie an die letzten 12 Monate denken: Waren Sie in einem der genannten Bereiche (N=14) aktiv?	(0) Keinem Bereich: 21.6% (1) Einem Bereich: 22.1% (2) Zwei Bereichen: 19.7% (3) Drei Bereichen: 15.1% (4) Vier und mehr Bereichen: 21.5%
Ehrenamt (N=3813)	Sind Sie zurzeit ehrenamtlich tätig?	(0) Nein: 74.5% (1) Ja: 25.5%
Unzufriedenheit (N=3863)	Wie ist die Zufriedenheit mit den folgenden Lebensbereichen (N=29) hier in Stuttgart?	Additiver Index (0 bis 145): Mittelwert: 62.4 Standardabweichung: 14.7 Minimum (Weiß nicht): 0 Maximum (Sehr unzufrieden): 129
Problemwahrnehmung (N=3863)	Was sind Ihrer Meinung nach zurzeit die größten Probleme (N=32) in Stuttgart?	Additiver Index (0 bis 160): Mittelwert: 80.5 Standardabweichung: 20.4 Minimum (Weiß nicht): 0 Maximum (Sehr großes Problem): 156
Ausgaben (N=3863)	Haben Sie eine Meinung hinsichtlich des Ausgabeverhaltens der Stadt Stuttgart zu folgenden Aufgaben (N=36)?	Additiver Index (0 bis 36): Mittelwert: 31.8 Standardabweichung: 5.8 Minimum (Habe keine Meinung): 0 Maximum (Habe eine Meinung): 36
Projekte (N=3863)	Haben Sie eine Meinung zu folgenden Projekten und Einrichtungen (N=21) der Stadt Stuttgart?	Additiver Index (0 bis 21): Mittelwert: 16.3 Standardabweichung: 4.9 Minimum (Habe keine Meinung): 0 Maximum (Habe eine Meinung): 21

*Alle Variablen stammen aus der Bürgerumfrage der Landeshauptstadt Stuttgart (2019).

Tabelle 2: Regressionsmodell zur Erklärung des kommunalpolitischen Desinteresses

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Gesamtmodell
Intercept	3.90 *** (.09)	2.91 *** (.03)	3.73 *** (.10)	4.06 *** (.10)	5.61 *** (.17)
Soziodemografische und sozioökonomische Faktoren	Alter	-0.02 *** (.00)			-0.01 *** (.00)
	Geschlecht	0.10 ** (.03)			0.06 (.03)
	Bildungsabschluss	-0.19 *** (.03)			-0.17 *** (.03)
	Staatsangehörigkeit	-0.26 *** (.06)			-0.22 *** (.06)
	Erwerbsstatus	0.03 (.14)			-0.08 (.14)
Aspekte der Verwurzelung	Wohndauer		-0.01 *** (.00)		-0.00 (.00)
	Wohnverhältnis		-0.14 *** (.04)		0.02 (.04)
	Haushalt		0.04 (.04)		0.06 (.04)
Politische und gesellschaftliche Teilhabe	Wahlabsicht			-0.82 *** (.10)	-0.63 *** (.10)
	Bürgerbeteiligung			-0.39 *** (.03)	-0.24 *** (.03)
	Mitgliedschaft			-0.09 *** (.01)	-0.06 *** (.01)
	Ehrenamt			-0.15 *** (.04)	-0.11 ** (.04)
Wahrnehmung und Positionierung	Unzufriedenheit			0.00 * (.00)	0.00 (.00)
	Problemwahrnehmung			-0.00 *** (.00)	-0.00 ** (.00)
	Ausgaben			-0.01 *** (.00)	-0.01 *** (.00)
	Projekte			-0.06 *** (.00)	-0.04 *** (.00)
R ²	-0.02 *** (.00)	0.05	0.11	0.11	0.21
Adj. R ²		0.05	0.11	0.11	0.21
N	0.10 ** (.03)	3589	3530	3712	3156
RMSE		0.98	0.95	0.95	0.89

Anmerkungen: Nicht-standardisierte Regressionskoeffizienten mit Standardfehlern in Klammern;
 *** p < 0.001, ** p < 0.01, * p < 0.05; RMSE: square root of the variance of the residuals